

ANDRÉ LEISEWITZ, KLAUS PICKSHAUS (HRG.)

GEWERKSCHAFTEN, KLASSENTHEORIE UND SUBJEKTFRAGE

*MIT BEITRÄGEN VON
HEINZ BIERBAUM, JOACHIM BISCHOFF,
ALBERT ENGELHARDT, THOMAS HAGELSTANGE,
SEBASTIAN HERKOMMER, JOACHIM HIRSCH,
HEINZ JUNG, ANDRÉ LEISEWITZ,
KLAUS PICKSHAUS, GERO VON RANDOW,
HELMUT SCHAUER, JÜRGEN SCHATTMANN,
ANNE SCHWARZ, HANS-JÜRGEN URBAN,
HARALD WERNER, LOTHAR WINTER*

IMSF FORSCHUNG UND DISKUSSION 5

IMSF FRANKFURT/MAIN 1990

Ökologie und Betrieb: Handlungsmöglichkeiten und Widersprüche gewerkschaftlicher Politik*

André Leisewitz/ Klaus Pickshaus

I. "Wertorientierungen": Gesundheit und Umwelt - II. Neue Brisanz der Gesundheits- und Umweltprobleme: Stoffliche Aspekte - III. Ökologische Sensibilisierung und Handlungsfähigkeit - IV. Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik

Nach den Tarifabschlüssen des Frühjahrs 1990 wird in den Gewerkschaften die Debatte über die inhaltlichen Perspektiven "jenseits der 35-Stunden-Woche" beginnen. Vieles spricht dafür, daß der Komplex Arbeit, Technik und Ökologie als tarif- und betriebpolitisch Handlungsfeld eine Aufwertung erfahren wird.

Schon in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte der letzten Jahre war sichtbar geworden, daß der tiefe gesellschaftliche Umbruch und die Herausforderungen der globalen und ökologischen Risikopotentiale die strategische Verarbeitung und Erneuerung der Gewerkschaftspolitik langwierig und widersprüchlich gestaltet.¹ Mit Blick auf die Ökologie als betrieblichem Handlungsfeld sollen in diesem Kontext einige Thesen diskutiert werden.

I. "Wertorientierungen": Gesundheit und Umwelt

Betriebliche Erfahrungen zeigen ebenso wie wissenschaftliche Untersuchungen, daß Gesundheits- und Ökologieprobleme heute im Alltagsbewußtsein von Lohnabhängigen eine wesentlich größere Rolle spielen als früher. Unsere These ist: Beide Aspekte - individuelle Gesundheit und gesellschaftliche Umwelterhaltung - gehören dabei eng zusammen. Die individuelle Gesundheit gehört im Lohnabhängigenbewußtsein zu den wichtigsten zu erhaltenden Werten, der Schutz der natürlichen Umwelt zu den wichtigsten Zukunftspräferenzen. Die allgemeine, auf die Gesamtheit der Lebenssphären bezogene Thematisierung der Bedrohung der natürlichen Umwelt und der Notwendigkeit ihres Erhalts sensibilisiert auch für individuelle Gesundheitsgefahren bis in die Arbeitssphäre. Die Arbeitswelt unterliegt anderen und härteren Restriktionen als das Leben außerhalb des kapitalistischen Betriebes; aber die aus der Thematisierung der ökologi-

¹ Vgl. hierzu Frank Deppe, Klaus Dörre, Witich Roßmann (Hrsg.), Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln 1989.

schen Gefahren erwachsende Sensibilisierung macht vor diesen Schranken nicht halt. Die gesellschaftliche Diskussion über stoffliche Risiken bewegt insofern auch das arbeitsbezogene Gesundheitsverhalten. Beides betrachten wir als Aspekt von Umweltproblemen im weiteren Sinne. Und beide Aspekte tragen heute wesentlich zur Umgestaltung von gewerkschaftlichen Handlungsanforderungen und -möglichkeiten bei.

Indizien für ein gewachsenes Gesundheitsbewußtsein sind u.a. solche Aktivitäten und kulturellen Brüche wie die Umbewertung des Rauchens und die Joggingwelle oder der Trend zu gesünderer Ernährung, der heute bis auf die betriebliche Ebene (Veränderung des Kantinenwesens) durchschlägt. Unter den allgemeinen Wertorientierungen von Erwerbstätigen - befragt nach ihrer individuellen Bewertung der "Wichtigkeit von Lebensbereichen" - rangiert "Gesund sein" mit Abstand und vor Arbeitsplatzsicherheit und gutem Einkommen an der Spitze.²

Gewachsenes Umweltbewußtsein, das die Bedeutung der natürlichen Lebensumwelt allgemein höher veranschlagt und eine größere Bereitschaft zu individuellem Engagement für ihren Erhalt verspricht, wird seit längerem in verschiedenen Studien attestiert.³ Bei der Bewertung der individuell als wichtig verstandenen Lebensbereiche dominieren aber generell die das eigene Leben unmittelbar bestimmenden materiellen Existenzbedingungen. Eine "unzerstörte Natur" bleibt dem als Wert untergeordnet. Anders bei den Zukunftsvorstellungen und -forderungen: Stöss, Schneider und Smid fassen die diesbezüglichen Ergebnisse der Gewerkschaftsstudie von infas so zusammen: "Jenseits aller Orientierung an unterschiedlichen gesellschaftsgestaltenden Zielpräferenzen ist der Schutz der natürlichen Umwelt inzwischen zur wichtigsten Forderung der Arbeitnehmer geworden."⁴

Die Distanz der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den ökologischen Bewegungen hatte bereits Anfang der achtziger Jahre im gesellschaftlichen Bewußtsein insbesondere der jüngeren Generationsgruppen der Lohnabhängigen keine feste Basis mehr. Das war seinerzeit auch schon ein Ergebnis der wahlsoziologischen Forschung. Vielleicht wird in der kürzlich erschienenen Untersuchung des SOFI über das Umweltbewußtsein von Facharbeitern die These überpointiert, daß heute von einer "spezifischen Distanz der Facharbeiter" zum Umweltproblem keine Rede mehr sein könne; der Trend ist auf jeden Fall eindeutig. Auch Bogun und Warsewa bestätigen in einer Bremer

² Walter Bertl, Reinhard Rudat, Reinhart Schneider, Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel. Folgerungen für Gesellschaft und Gewerkschaft, Frankfurt/M.-New York 1989, S.119.

³ Z.B. Hans Kessel, Wolfgang Tischler, Umweltbewußtsein. Ökologische Wertvorstellungen in westlichen Industrienationen, West-Berlin 1984.

⁴ Richard Stöss, Reinhart Schneider, Menno Smid, Sozialer Wandel und Einheitsgewerkschaft, Frankfurt/M.-New York 1989, S. 94.

Untersuchung, daß die allgemeine Sensibilisierung für ökologische Probleme an der Mehrzahl der Arbeiter nicht vorübergegangen ist und die Arbeitsplatzsorge für viele als Argument gegen mweltschutzmaßnahmen an Gewicht verloren hat.⁵

Generell wird die gewachsene Bedeutung des Gesundheits- und Umweltbewußtseins als Ausdruck eines Wertewandels interpretiert. Die stärkere Betonung der Dringlichkeit von Gesundheits- und Umweltproblemen, wie sie in Befragungen und gesellschaftspolitischen Orientierungen zum Ausdruck kommt, ist jedoch von den jeweiligen Lebensbedingungen insgesamt abhängig. Wertorientierungen stehen hierbei in Konkurrenz. Soziale Bedrohungen, die individuell und unmittelbar wirksam werden (Arbeitslosigkeit und Lohneinbußen), drängen in der Wertehierarchie die Bedeutung der "neuen Wertorientierungen" zurück.

Die stärkere Gewichtung dieser "neuen" Probleme ist dabei keineswegs an eine absolute Zunahme der Gesundheits- und Umweltbelastungen gebunden. Auch an im Vergleich zu früher saubereren Arbeitsplätzen werden Gesundheits- und Umweltprobleme heute als gravierender erfahren. Charakteristisch ein Interview über den Tiefdruck in den sechziger Jahren: "Die Lösemittelexposition war damals sehr viel höher als heute. ... Alles wurde mit Toluol gewaschen. Wir haben fast nie Handschuhe getragen. ... An manchen Tagen mußten wir damals aus dem Maschinensaal hinausgehen, weil wir nicht mehr richtig atmen konnten und die Augen tränten."⁶ Das galt damals als normal, und es wird auch heute noch sicher an vielen Arbeitsplätzen als Normalität hingenommen. Was sich dennoch im Trend verändert hat, ist ein Stück Arbeitskultur: der Umgang mit der eigenen Arbeitskraft sowie die relative Bewertung von Gesundheits- und Umweltbelastungen bei der Arbeit. Der Dreck, der gestern kein Problem war, wird heute nicht mehr hingenommen, auch wenn er nur noch halb so groß ist.

⁵ Hartwig Heine, Rüdiger Mautz unter Mitarbeit von Michael Schumann, Industriearbeiter contra Umweltschutz? Frankfurt/M. - New York 1989; Roland Bogun, Günter Warsewa, Zwischen ökologischem Problembewußtsein und Risikoakzeptanz - Welche Konsequenzen ziehen Industriearbeiter aus der Umweltkrise? In: Kooperation Universität/ Arbeitskammer Bremen (Hrsg.), Arbeit und Betrieb 22 - Schwerpunktthema Arbeit und Umwelt, Bremen 1989, S. 43 ff. Eine differenzierte Übersicht zu verschiedenen Studien gibt Jürgen Schattmann, Risiken der chemischen Produktion - Ein gesellschaftliches Konflikt- und Handlungsfeld auch für Chemiebeschäftigte?, in diesem Band.

⁶ Aus: IG Medien (Hrsg.), Lösemittel in der Druckindustrie. Gefahren und Handlungsmöglichkeiten, von Andreas Stautz und Ulrike Westphal, 2. A., Stuttgart 1989, S. 49.

II. Neue Brisanz der Gesundheits- und Umweltprobleme: Stoffliche Aspekte

Die These, daß es einen positiven Zusammenhang zwischen allgemeiner Ökologiediskussion und gewachsener Sensibilität für Gesundheitsfragen im Betrieb gibt, fußt natürlich zuerst darauf, daß in beiden gesellschaftlichen Bereichen vergleichbare und miteinander verbundene stoffliche Risiken und Belastungen wirken, die heute auch aus objektiven Gründen - betriebliche Sicherheit, gesellschaftlicher Zwang zur Sicherung natürlicher Existenzgrundlagen - stärker thematisiert werden. Wir beschränken uns zur Illustration dieses Zusammenhangs und damit verbundener Probleme auf ein Beispiel.

Polychlorierte Biphenyle (PCB) werden seit etwa 1930 produziert. Zähflüssig, kaum wasserlöslich, schwer entflammbar, gut wärmeleitfähig galten sie seither als ein Arbeitsstoff, "der alles kann"⁷. Rund ein halbes Jahrhundert nach ihrer Einführung wurde ihre Verwendung in der Bundesrepublik zuerst eingeschränkt, dann (1989) verboten: Ihr gesundheitsgefährdendes Potential ist eindeutig; in der MAK-Liste werden sie als krebserzeugend und vermutlich fruchtschädigend geführt.

Die in die Umwelt gelangten PCBs haben sich über Luft und Wasser weltweit verbreitet. Gut fettlöslich werden sie im Fettgewebe gespeichert und reichern sich in den Nahrungsketten an. Sie gehören zu den Organochlorverbindungen, die in hohen Konzentrationen in Fischen, Seevögeln und Robben der Nordsee gefunden werden und deren Bestände gefährden. Muttermilch enthält PCB in beachtlicher Konzentration.

PCBs werden in wichtigen Industrieländern nicht mehr produziert. Aber da sie außerordentlich stabil sind, sind sie nicht nur eine Substanz, die alles kann, sondern auch eine, die es überall gibt und noch lange in der Arbeits- und Lebensumwelt geben wird. Sie sind Ausdruck der vielfältigen Probleme der Chemisierung der Umwelt, die seit den dreißiger Jahren einen enormen Schub erfahren hat. Obwohl sich die Umweltbedingungen in vielen Bereichen in den letzten beiden Jahrzehnten verbessert haben, ist gerade im Zusammenhang mit der Chemisierung des gesamten Reproduktionsprozesses⁸ ein akkumuliertes Gefährdungspotential entstanden, dessen Dimension erst seit kurzem deutlich wird. Dabei tritt auch die Kombination von individueller Gesundheits-

⁷ So die Formulierung bei Katalyse u.a., Chemie am Arbeitsplatz, Reinbek 1987, S. 131.

⁸ Lißner gibt an, daß die Menge der produzierten organischen Chemikalien pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik von 10 kg 1950 über 60 kg 1960 auf rund 450 kg Anfang der 80er Jahre gestiegen sei. Sh. Lothar Lißner, "Gesunde Umwelt - Kranke Arbeiter?", in: Elmar Altvater u.a., Markt, Mensch, Natur, Hamburg 1986, S. 85. Zur Toxikologie und Umweltverbreitung von PCBs siehe Walter L. H. Moll, Taschenbuch für Umweltschutz, Bd. IV, München/Basel 1987, S. 231-255.

und allgemeiner Umweltbelastung bzw. Belastungen in der Arbeits- wie in der Lebensumwelt erst allmählich hervor. Dem Verbot von PCB ging u.a. ein Großunfall in Japan mit PCB-verseuchtem Reisöl (1968) voraus; in der Bundesrepublik erfolgte das Verwendungsverbot erst nach der Produktionseinstellung. Jedoch spielte die Auseinandersetzung um den Stoff auf der betrieblichen Ebene keine ausschlaggebende Rolle. Hier herrschten eher Unkenntnis und fehlende Problematisierung. In der Rückerinnerung eines aufgeklärten Betriebsrats: "Bei Siemens habe ich schwerpunktmäßig Kondensatoren im Stückakkord verlötet, die mit PCB-Öl getränkt waren... dieser Stoff PCB macht mir heute Angst, weil ich spätestens seit dem Unfall von Seveso von ihm weiß. Das Verlöten mit offener Flamme: Natürlich hatte auch Siemens eine Absaugung, aber sonst nichts; also wurde mit der Zigarette in der Hand im Löt-PCB-Dampf gearbeitet."⁹

Das Beispiel zeigt nicht nur den Zusammenhang zwischen außerbetrieblicher Sensibilisierung und neuem Blick auf die eigenen Arbeitsverhältnisse. Es unterstreicht auch die Wichtigkeit von Information. Unter den betrieblichen Gesundheitsgefahren sind gerade jene durch Gefahrstoffe meist am schwersten wahrnehmbar. Sie wirken nur schleichend und mit großer Zeitverzögerung. Andere Gesundheitsbelastungen wie Hitze und Lärm, Arbeitshetze und mechanische Belastungen des Körpers sind i.d.R. sinnlich und in ihrem Wirkungszusammenhang direkter faßbar. Daher die Erfahrung, daß in der betrieblichen Umweltdiskussion die Thematisierung der Belastungen durch gefährliche Arbeitsstoffe am schwierigsten ist. Es fehlt weithin die Basis für ein spontanes Gesundheitshandeln. Sie muß erst mühsam durch Informationsvermittlung geschaffen werden.¹⁰

Der positive Bezug auf die eigene Gesundheit bleibt unter solchen Bedingungen ein relativ abstrakter und "latenter" Wert. Er muß für betriebliche wie gesellschaftliche Auseinandersetzungen erst aktiviert werden. Eine instrumentelle Haltung zur eigenen Gesundheit wird durch den sozialökonomischen Zwang des Lohnarbeitsverhältnisses gefördert und sie ist im Kontext der Normen des Arbeitslebens kulturell verfestigt. "Etwas abkönnen" ist i.d.R. gerade bei hohen Belastungen am Arbeitsplatz eine stabile Haltung, die in der Tradition der Arbeiterkultur zu einem Element der Identität und Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Schichten in und außerhalb der Arbeiterklasse geworden ist. Immerhin, es gibt reichlich Indizien dafür, daß eine solche Haltung zwangsläufig aufgebrochen wird, wo der Produktionsbetrieb selbst die Vermeidung von Risiken und sorgsamem Umgang mit Gefahrstoffen verlangt, also entsprechende Un-

⁹ Jochen Walbersdorf, Die Dokumentation arbeitsbedingter Befunde aus der Sicht des Betriebsrats, in: Gine Elsner (Hrsg.), Vorbeugen statt krankschreiben. Betriebsärzte in der Praxis, Hamburg 1986, S. 104.

¹⁰ Lißner, a.a.O., S.91f.

terweisungen in Sicherheitstechnik, betrieblichem Gesundheitsschutz usw.¹¹ Unter solchen Bedingungen verlangt die Produktivkraftentwicklung einen anderen Umgang der Arbeitskraft auch mit sich selbst.

Es sind insofern nicht nur die Zwänge des Lohnarbeitsverhältnisses, sondern auch kulturelle Normen und Erfahrungs- wie Informationsdefizite, die der oft beklagten Diskrepanz zwischen den Ansprüchen an ein gesundes Leben und realem Arbeitsverhalten zugrunde liegen. Deshalb ist die positive Rückkoppelung aus dem außerbetrieblichen Raum der Gesellschaft so wichtig, wo diese Restriktionen nur in abgeschwächter und vielfach aufgebrochener Form wirksam sind. Daß - überspitzt formuliert - heute jedes Schulkind um die Zusammenhänge zwischen Treibhauseffekt, Ozonloch, CO₂ und Treibhausgasen weiß, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aus der genannten Untersuchung zum Umweltbewußtsein von Industriearbeitern ergab sich, daß bezüglich der allgemeinen Thematisierung von Umweltproblemen die außerbetrieblichen Kommunikationszusammenhänge - Diskussionen in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis - die entscheidende Instanz darstellen; in der Familie sind es häufig die Kinder, die die sensibilisierenden Anstöße geben. Es geht also um eine in dieser Form neue Dimension der Rückwirkung der außerbetrieblichen Sphäre auf den Betrieb selbst.

III. Ökologische Sensibilisierung und Handlungsfähigkeit

Die erwähnten Untersuchungen zeigen auch, daß bei der größeren Sensibilität für Umwelt- und Gesundheitsfragen der individuelle Zugang, die Verantwortung vor allem für Veränderungen der individuellen Lebensweise, z.B. im eigenen Haushalt, im Umgang mit dem PKW usw., eine große Rolle spielt. Diese Tatsache kann nicht als Ausdruck einer Entpolitisierung und Ablenkung vom zentralen Kampffeld Betrieb interpretiert werden.

Hiermit ist die zentrale Frage der Entwicklung von kollektiver Handlungsfähigkeit berührt, die immer auch eine individuelle Handlungsfähigkeit voraussetzt. Die junge Angestellte, die aus Sorge um ihre Kinder Ernährung und Haushalt ökologisch verantwortlich gestaltet und sich in der Pseudo-Krupp-Elterninitiative gegen Luftverschmutzung politisch wehrt, trifft im Betrieb und Büro auf noch weithin akzeptierte Normen des Arbeitsprozesses, die Gesundheitsverschleiß, Streß, Umweltbelastungen usw. als objektiv gegeben und oft unvermeidlich hinnehmen.

Zweifellos wirken im kapitalistischen Arbeitsprozeß Restriktionen durch Hierarchie- und Konkurrenzstrukturen. Aber Gesundheitsverhalten am Arbeitsplatz ist eben auch

¹¹ Vgl. Jürgen Schattmann, a.a.O.

ein kulturelles Phänomen. In der Wertehierarchie der proletarischen - und man muß hinzufügen: patriarchalischen - "Arbeitskultur" rangiert Rücksicht auf Gesundheit ganz weit hinten, während Leistung, Disziplin, Kraft, Schnelligkeit usw. bevorzugte und männlich geprägte Tugenden sind. Lange Zeit sind diese Normen durch die gewerkschaftliche Politik toleriert und damit noch befestigt worden, indem zum Beispiel in der Tarifpolitik Gesundheitsverschleiß durch Gefahren-, Schmutz-, Erschwernis- und sonstige Zulagen "bezahlt" wurde. Veränderungen in der praktischen Gewerkschaftspolitik, insbesondere durch zahlreiche neue Ansätze qualitativer Tarifpolitik seit den 70er Jahren, bedürfen daher auch immer einer kulturellen Umbewertung, in der Engagement für gesündere Arbeits- und Lebensbedingungen grundsätzlich positiv gewürdigt und nicht mit Schwäche oder mangelhaftem Leistungswillen gleichgesetzt wird. Nur wenn dies auch thematisiert wird, kann Selbsttätigkeit und Handlungskompetenz des einzelnen gestärkt werden.¹²

Dies ist zugleich die Voraussetzung, um die traditionelle Delegation von Arbeits- und Gesundheitsschutzaufgaben an ein Expertensystem aufzubrechen: an die Arbeitschutzfachleute in Betrieb und Berufsgenossenschaften, den Betriebsrat oder, wo vorhanden, den Betriebsarzt, neuerdings an die Umweltbeauftragten. Statt der Separierung eines scheinbar politikfreien Expertensystems ist Arbeits- und Gesundheitsschutz vielmehr als Politikfeld inner- und außerhalb des Betriebes zu entwickeln.

Auf der betrieblichen Ebene sind in den letzten Jahren Veränderungen spürbar, die Ausdruck der gewachsenen Sensibilisierung für Umwelt- und Gesundheitsgefahren sind. Solche Veränderungen lassen sich in der betrieblichen Realität in verschiedenen Bereichen orten: Gesundheitliche Belastungen z.B. durch Gefahrstoffe werden immer weniger "selbstverständlich" hingenommen. Von individuellen Verweigerungsaktionen und spontanen Aktionsbeispielen wird berichtet.¹³ Selbsthilfegruppen gesundheitlich Geschädigter, Umweltarbeitskreise in einigen Betrieben u.ä. sind Beispiele der Selbsttätigkeit und Entwicklung von Expertenwissen von unten, die das traditionelle Modell der

¹² In einem insgesamt sehr anregenden Kollektiv-Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung wird festgestellt, daß der Konflikt zwischen Einkommens- und Gesundheitsinteressen nur durch "die Entwicklung einer übergreifenden kulturellen Perspektive" überwunden werden kann. Vgl. Jürgen Hoffmann, Reiner Hoffmann, Ulrich Mückenberger, Dietrich Lange (Hrsg.), Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, HBS Forschung Bd. 1, Köln 1990, S. 172 ff.

¹³ Zahlreiche Beispiele wurden in Diskussionsbeiträgen auf dem IG Metall-Forum zur Umweltpolitik Anfang 1988 geschildert. Vgl. IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie, Köln 1988. Vgl. auch Bruno Zwingmann, Arbeits- und Gesundheitsschutz durch Tarifvertrag. Neue Ansätze in der Druckindustrie, in: WSI-Mitteilungen 12/1989, S. 711/712.

Stellvertreterpolitik infrage stellen.¹⁴ Bruno Zwingmann, Arbeitsschutzexperte beim DGB-Bundesvorstand, resümiert, daß "mit einem gewissen Zeitverzug gegenüber dem spektakuläreren Umweltschutz ... betriebliche Gesundheitsprobleme jedoch trotz des Drucks des Arbeitslosenheeres eine überraschende und steigende Mobilisierungskraft" aufweisen.¹⁵ Allerdings ist die Sensibilisierung von Gesundheitsbelastungen nach wie vor sehr differenziert: Probleme wie rheumatische Erkrankungen, Belastungen durch Schichtarbeit o.ä.m. zeigen nicht die gleiche Mobilisierungswirkung wie zum Beispiel Gefahrstoffauswirkungen, die ihr Pendant in der außerbetrieblichen Sphäre haben.

Inwieweit und wie konkret ökologische Risikowahrnehmung auch auf die eigene Arbeitssituation und den Betrieb übersetzt wird, hängt in hohem Maße von der Information und Interpretation entsprechender "Übersetzungsmedien" ab - und damit vor allem von den Gewerkschaften. Die Aktion "Tatort Betrieb" des IG Metall-Bezirks Stuttgart in Baden-Württembergischen Metallunternehmen bestätigt die große Bereitschaft von Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretungen, umwelt- und gesundheits-schädliche Produktionsverfahren und Produkte zu beseitigen. Die Aktion richtete sich im ersten Schritt gegen die Verwendung von Lösemitteln mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (wie Perchlorethylen und Trichlorethylen) in Produktionsverfahren. Dabei wurden sowohl die Gesundheitsgefahren dieser chemischen Schadstoffe für die Beschäftigten als auch der Zusammenhang mit der Umweltbelastung durch die Verbrennung von CKW-haltigem Sondermüll auf der Nordsee aufgezeigt. Nicht nur die große Resonanz in den Belegschaften, sondern auch der in vielen Fällen durchgesetzte Verzicht auf CKW-haltige Lösemittel in den Unternehmen macht die Erfolgslanz dieser ökologischen Initiative der Gewerkschaft aus.¹⁶

Die Unternehmer haben auf das Anwachsen des Umwelt- und Gesundheitsbewußtseins längst mit eigenen Konzepten reagiert. Hierzu zählt neben Stoffalternativen die Entwicklung von ökologischen Managementkonzepten, die in erster Linie die Akzeptanz für die Produkte und die Produktionsweise bei Beschäftigten und Verbrauchern

¹⁴ Zu entsprechenden Initiativen sh. u.a. Bruno Zwingmann, Belegschaftsbefragungen und Gesundheit, in: Gine Elsner (Hrsg.), Vorbeugen statt Krankschreiben, a.a.O., S. 150 ff.

¹⁵ Bruno Zwingmann, Gesundheitsschutz ..., a.a.O., S. 712.

¹⁶ Vgl. Karin Roth, Ökologische Verantwortung der Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen 12/1989, S. 723. Rund 60 Unternehmen verzichteten unmittelbar als Reaktion auf die Aktion auf CKW; eine noch größere Zahl an Betrieben kündigte solche Schritte an. Im Juni 1990 erhält die IG Metall in Würdigung der Aktion "Tatort Betrieb" den zweiten Umweltpreis der Stadt Stuttgart. In der nächsten Aktionsphase soll das Thema der gefährlichen Kühlschmiermittel im Betrieb aufgegriffen werden. Vgl. hierzu die kontinuierlichen Berichte und Analysen im Fachinformationsdienst "Arbeit & Ökologie-Briefe".

erhöhen sollen.¹⁷ In Qualitätszirkeln, die in den letzten Jahren in bundesdeutschen Unternehmen zugenommen haben, werden neben Qualitätsproblemen der Produktion zunehmend auch Fragen der Arbeitsgestaltung und des Gesundheitsschutzes thematisiert. In einigen Großunternehmen wird mit betrieblichen Gesundheitszirkeln experimentiert, in denen nach bisheriger Erfahrung allerdings vorrangig auf persönliche Verhaltensprävention und nicht auf Diskussion und Veränderung betrieblicher Ursachen eingegangen wird.¹⁸ Zweifellos sind diese Konzepte in erster Linie Elemente einer "neuen Unternehmenskultur", Strategien einer "corporate identity", mit denen Arbeitsmotivation der Beschäftigten und Identifikation mit dem Unternehmen erhöht werden sollen. Da sie aber auch eine Reaktion des Kapitals auf den Wertewandel und auf gestiegene Mitsprachebedürfnisse und erweiterte Interessen der Lohnabhängigen darstellen, können sie auch Ansatzpunkte betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung werden.

IV. Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik

Die brisanten Risikopotentiale in und außerhalb der betrieblichen Sphäre verlangen in den Gewerkschaften die strategische Aufwertung einer integrierten und präventiven Gesundheits- und Umweltpolitik. Dies wird Politikinhalte und die gewerkschaftliche Organisation selbst verändern und Auswirkungen auf alle Handlungsebenen haben (müssen). Einige der möglichen Konsequenzen sollen angedeutet werden.

1. Risikobewußtsein und ökologische Kompetenz der Beschäftigten wie der betrieblichen Interessenvertretungen erfordern neue Formen der Beteiligung - im Betrieb und außerhalb des Betriebes. "Die notwendige Risiko-Wahrnehmung der einzelnen ist eng mit den Möglichkeiten einer aktiven Teilnahme innerhalb eines betrieblichen oder überbetrieblichen Entscheidungsprozesses verknüpft."¹⁹

Die Verabschiedung von einem Modell der Stellvertreterpolitik ist eine Schlüsselfrage, um individuelle Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Dies schließt ein, über neue Strukturen innergewerkschaftlicher Beteiligung und vor allem gewerkschaftlicher Betriebspolitik nachzudenken, zumal gerade die gewerkschaftlichen Vertrauensleutestruk-

¹⁷ Sh. z.B. Ulrich Steger, Umweltmanagement. Erfahrungen und Instrumente einer umweltorientierten Unternehmensstrategie, Wiesbaden 1988.

¹⁸ Unterschiedliche betriebliche Erfahrungen mit Gesundheitszirkeln werden ausgewertet in einem Schwerpunktheft von: gegengift. Hamburger Hefte für Arbeit & Gesundheit Nr. 14, April 1990.

¹⁹ Karin Roth, a.a.O., S.727.

turen als potentiell basisnahe Korrektive zu den Betriebsräten vielfach von Auszehrung und Schrumpfung der aktiven Kerne betroffen sind.

Die in mehreren Gewerkschaften begonnene Diskussion über neue Formen der Betriebspolitik hat in der IG Medien mit dem Konzept von Betriebsgruppen und variablen themen- und bedürfnisdifferenzierten Arbeitskreisen bisher die konkreteste Gestalt angenommen.²⁰ Ein solches, auf Dezentralität und Basisnähe beruhendes Modell könnte Selbstorganisation und Interessenselbstvertretung der Beschäftigten befördern. Mit der Öffnung auch für Nicht-Mitglieder, einer inhaltlichen Erweiterung auch über klassische gewerkschaftliche Themen hinaus, Formen unmittelbarer Beteiligung und Eigenaktivität (etwa in Umweltschutzgruppen oder Gesundheitszirkeln) wird dieser gewerkschaftliche Erneuerungsprozeß nicht konfliktfrei verlaufen.

2. Neuere Ansätze in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik richten sich auf eine Neubestimmung von individuellen Handlungsmöglichkeiten und kollektiven Schutzrechten. Dabei spielt die Frage eine zentrale Rolle, wie Eigenaktivität und breitere Mobilisierungsprozesse für gesundheits- und umweltfreundlichere Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben befördert werden können. Reklamationsrechte jedes Beschäftigten gegenüber nicht erträglichen Arbeitsbedingungen (so Tarifforderungen im IG Metall-Bezirk Stuttgart) oder individuelle und kollektive Informations- und Beschwerderechte im Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Druckindustrie schaffen tarifliche Instrumente, durch deren Anwendung die Lohnabhängigen selbst zu "Kontrolleuren des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz" werden können.

Wegweisend ist hierfür wohl der 1989 vereinbarte § 2 a des Manteltarifvertrags in der Druckindustrie, der "verbesserte Bedingungen für die Initiierung einer breiten Gesundheitsbewegung der Arbeitnehmer" schafft.²¹ Mit Hilfe dieser Bestimmungen, die faktisch eine Art Popularbeschwerde ermöglichen, kann die Arbeitsumwelt in den Betrieben zum öffentlichen Thema gemacht und gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Experten ermöglicht werden. Nach gewerkschaftlicher Interpretation des Manteltarifvertrags müssen auch Experten der Umweltbewegung, der Gesundheitsläden und kritische Wissenschaftler aus Öko-Instituten als "geeignete Fachleute und Institutionen" betrachtet werden. Zum ursprünglichen Forderungskonzept der Gewerkschaft hatte darüberhinaus gehört, daß regelmäßig betriebsbezogene Gesundheitsprogramme entwickelt und betriebliche Arbeitsgruppen zum Gesundheitsschutz gebildet werden - also faktisch ein tarifvertragliches Recht auf Gesundheitszirkel.

²⁰ Vgl. zu diesem Modell im einzelnen die auf dem 1. Forum der IG Medien Hessen (Springen, 20. April 1990) vorgetragenen "Thesen zu einer neuen gewerkschaftlichen Betriebspolitik" von Manfred Balder, in: Sozialismus, Hamburg, H. 6/1990.

²¹ Bruno Zwingmann, Gesundheitsschutz ..., a.a.O., S. 719.

Wenn es der IG Medien gelingt, unter Nutzung der neuen Rechte des Manteltarifvertrags eine betriebliche Mobilisierung zu Fragen von Arbeit, Gesundheit und Ökologie zu entwickeln, könnte dies die Einführung bzw. Erprobung des neuen gewerkschaftlichen Betriebsgruppenkonzepts inhaltlich fundieren.

3. Eine ökologische Umsteuerung in Produktion und Gesellschaft ist eng mit den gesellschaftlichen Vorstellungen und Werten und den daraus folgenden Lebensstilen verbunden - ein Zusammenhang, der sich auch in den Ergebnissen der Bewußtseinsstudien niederschlägt. Daraus folgt, daß die Dimension der kulturellen Wertorientierungen einschließlich der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Umwelt auch durch die Gewerkschaften thematisiert werden muß.

Treibhauseffekt und Ozonloch z.B. sind Umweltschädigungen, die sich aus einer bestimmten technologischen Produktions- und Konsumtionsweise ergeben, deren Wirkungen aber primär nicht die Arbeits-, sondern die allgemeine Lebensumwelt betreffen. Sie wirken außerhalb des Betriebes und können, technisch gesehen, nur im Betrieb bzw. in der Produktionssphäre abgestellt werden. Aber sie verlangen zugleich einschneidende Veränderungen der gesellschaftlichen Konsumtionsweise, wenn sie eingedämmt und zurückgedrängt werden sollen.

Eine dafür notwendige Klimastabilisierungspolitik muss, wie Hennicke richtig betont²², "kategorisch vorsorgende Politik" sein, die zugleich "Maßnahmen beispielloser Eingriffsintensität in das Wirtschafts- und (wahrscheinlich) Gesellschaftssystem" verlangt, die durch Marktsteuerung nicht zu realisieren sind; sie erfordert neue Formen staatlicher Regulierung und ist ohne eine demokratische Massenbewegung kaum denkbar. Eine solche Massenbewegung und mit ihr verbundene Veränderungen gesellschaftlicher Wertorientierungen werden sich aber nicht auf "handfeste Erfahrungen" im Zusammenhang mit Klimaveränderungen stützen können. Denn dann wäre es schon zu spät. Sie setzen vielmehr Wissen und Information über Alternativen voraus. Eine den Gesamtinteressen der Lohnabhängigen verpflichtete Gewerkschaftspolitik wird einen solchen Wertewandel aktiv beeinflussen müssen - und sie wird sich dabei auch mit Sonderinteressen von Lohnabhängigen(gruppen) auseinandersetzen müssen, die zu den Kerntruppen ihres Organisationsbestandes zählen.

Das zeigt sich schon, wenn man nur einen Ausschnitt der Klimafrage betrachtet. Rd. 50 % des Treibhauseffekts werden durch CO₂ ausgelöst; vom jährlichen CO₂-Ausstoß der Bundesrepublik entfallen überschlägig fast 59 % auf Kraftwerke, Raffinerien,

²² Sh. Peter Hennicke, Wie kann die Aufheizung der Erde verhindert werden? Eckpunkte eines CO₂-Reduktionskonzepts für die Bundesrepublik, in: Memo-Forum Nr. 15, März 1990, S.72f.

Hochöfen, Industrieanlagen, aber auch 12 % auf die Privat-PKW-Motorisierung.²³ Ohne drastische Eingriffe in die Privatmotorisierung wird sich das CO₂-Problem nicht lösen lassen. Dabei reichen technische Lösungsvarianten nicht aus.²⁴

Eine ökologische Umsteuerung in der Verkehrspolitik hat den Widerstand der Autohersteller zu überwinden. Sie setzt aber auch massenhafte Verhaltensänderungen der Autobesitzer, und das heißt der Lohnabhängigen, voraus. Alternativen des Verkehrssystems (Tempolimit, Abkehr von der Favorisierung der Privatmotorisierung usw.) und damit der Konsumtionsweise sind unabweisbar. Das berührt Kerngruppen der Gewerkschaftsmitgliedschaft als Produzenten in der Automobilindustrie und mit ihr verflochtenen Branchen ebenso wie als Eigentümer von PKWs mit entsprechenden Mobilitätsgewohnheiten, -interessen und -mentalitäten.

Wie die SOFI-Studie zeigte, wirkt bei den befragten Industriearbeitern, die sich distanzieren zu ökologischen Fragen äußern, stärker noch als die Sorge um den Arbeitsplatz die Abwehr der ökologischen Kritik am privaten PKW als Symbol freier und moderner Lebensart.²⁵ Das Beispiel läßt sich auf die verschiedensten anderen Konsumtionsbereiche ausdehnen. Es unterstreicht unseres Erachtens, daß die Gewerkschaften heute von der allgemeinen Umweltdiskussion nicht nur eine Aktivierung betrieblicher Auseinandersetzungen auf neuen Feldern (wie in der Gesundheitsfrage) erwarten können, sondern daß sie zugleich in der Auseinandersetzung um eine sozialökologische Reformalternative unbedingt auf die bewußtseins- und werteverändernde Schubkraft außerbetrieblicher Bewegungen angewiesen sind, wenn sie in ihrem eigenen Organisationsfeld die Notwendigkeit ökologischer Alternativen gegen privatmonopolistische Interessen verankern wollen.

Individuelle Verantwortung in der Freizeit, im Konsumverhalten wie in der Arbeits-sphäre können nicht auseinandergerissen werden. Dies ist oftmals von der Arbeiterbewegung übersehen worden. Welche politische Sprengkraft schon in der individuellen Wahrnehmung einer solchen Verantwortung liegen kann, zeigen die Beispiele, wo Drucker sich weigerten, neofaschistisches Material zu drucken, wo Ärzte die Mitarbeit an Medikamenten verweigerten, die im Atomkrieg eingesetzt werden sollten, wo Chemiebeschäftigte über Umweltgefahren in der Öffentlichkeit berichteten usw.²⁶ Könnten dies nicht Vorzeichen einer künftigen Bewegung für Produktmitbestimmung sein?

²³ Sh. Schutz der Erdatmosphäre. Zwischenbericht der Enquête-Kommission, Bonn 1988, S. 363, 488.

²⁴ Sh. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '89, Köln 1989, S. 441 ff.

²⁵ Heine/Mautz, a.a.O., S. 67 ff.

²⁶ Vgl. die Zusammenstellung in: Ulrike Wendeling-Schröder, Das "Prinzip Verantwortung" im Arbeitsleben, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 21, Düsseldorf 1989.

Jede gesellschaftspolitische Veränderungsstrategie, die wirksam auf die ökologischen Probleme antworten will, bedarf der Rückkopplung und demokratischen Kontrolle durch ein sensibilisiertes Massenbewußtsein.²⁷ Ohne dieses Moment praktizierter Demokratie - dies zeigen auch die Erfahrungen des "Staatssozialismus" - ist eine ökologische Umgestaltung von Produktions- und Lebensweise nicht möglich.

Basisnahe Willensbildung und Erweiterung persönlicher Wahlmöglichkeiten, Kontrolle und Mitbestimmung sind zentrale Elemente einer Strategie, die sich den Herausforderungen des gesellschaftlichen Umbruchs und der ökologischen Risiken stellt. Der Grundnenner einer solchen gewerkschaftlichen Strategie ist zweifellos die Demokratisierung, die weit mehr umfaßt als die Ausweitung formaler Rechte. Sie muß auf der Erweiterung der individuellen Handlungsmöglichkeiten basieren - auf dem Verlassen einer passiven Objektrolle im Betrieb wie in der Gewerkschaft. Wenn dies die gewerkschaftlichen Politik- und Organisationsmodelle ermöglichen, kann das Gegenmachtpotential gestärkt werden. Aber auch nur dann.*

²⁷ Vgl. Kaspar Maase, Verantwortung für die Lebensweise. Offene Fragen einer Reformalternative, in: Marxistische Blätter 5/1989, S. 79 ff.

* Überarbeiteter und erweiterter Beitrag auf dem 1. Forum der IG Medien Hessen "Neue Wege gewerkschaftlicher Betriebspolitik", Springen, 20. April 1990. Eine gekürzte Fassung ist erschienen in "sozialismus", Hamburg, H.7/1990.